59. Jahrgang No. 163

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 6. April 1911

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis für Gross-Berlin: 20 Pfennig wöchentlich bzw. 85 Pfennig monatlich frei ins Haus, vierteljährlich Mark 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.90 und vierteljährlich Mark 2.70. Insertionspreis für die Zeile 40 Pfennig, Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen: das Wort 6 Pfennig, das fette Ueberschriftwort 15 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Strasse 46—49. Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Tel.: Amt I, Nr. 10131-10148. Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbusserstr. 1, Wienerstr. 1—6, Frankfurter Allee 61—63, Gr. Frankfurterstr. 81 u. 87, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm 1, Schützendorferstr. 7, Hasdtr. 66, Königstr. 56-57, Rosenthalerstr. 45, Rathenowerstr. 5, Potsdamerstr. 33, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69; Charlottenburg: Tauentzienstr. 8, Kantstr. 34, Scharrenstr. 30; Friedenau-Steglitz: Rheinstr. 39; Gross-Lichterfelde West: Carlstr. 1—2; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 129; Pankow: Kornholmstr. 1; Rixdorf: Berlinerstr. 41; Schöneberg: Hauptstrasse 156; Tegel: Berlinerstr. 90; Weissensee: Berliner Allee 28; Wilmersdorf: Uhlandstr. 28—29.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Berlin als Fremdenstadt.

Von Professor Dr. Eduard Engel.

Vor einiger Zeit behauptete die „Allgemeine Verkehrszeitung", Berlin sei noch keine Fremdenstadt, und eine vor kurzem veranstaltete Umfrage bei hervorragenden Berliner Persönlichkeiten, wie der Fremdenzufluß nach Berlin zu steigern sei, ging von der als selbstverständlich betrachteten Voraussetzung aus, daß Berlin keine eigentliche Fremdenstadt sei, wohl aber eine werden könne, wenn diese oder jene Bedingungen erfüllt würden.

Nach den amtlichen Feststellungen des Berliner Polizeipräsidiums bewegt sich die Zahl der jährlich polizeilich gemeldeten Fremden in Berlin um eine Million herum. Ob man dies viel oder wenig nennen will, ist eine Frage der Begeisterung für den Aufschwung der Vaterstadt oder, für die meisten Berliner richtiger, der Wohnstadt Berlin.

Soviel ist sicher: Berlin ist die Stadt mit dem höchstgesteigerten nächtlichen Bummelleben. Ich kenne die europäischen Haupt- und Großstädte und erkläre: weder Paris noch London, weder Rom und Venedig noch Petersburg, Kopenhagen, Brüssel weisen einen auch nur annähernd ähnlichen Nachtverkehr auf wie Berlin. Dieser Nachtverkehr kann geradezu als die hervorstechendste Eigentümlichkeit des Berliner Straßenbildes gelten. Paris, die bedeutendste Fremdenstadt Europas, wenn nicht der ganzen Welt, ist völlig ausgestorben schon in den Stunden, in denen es in Berlin noch wie am hellen Tage wogt, und vollends von einem Nachtleben wie in Berlin zwischen 12 und 2 nach Mitternacht ist selbst im Sommer in Paris keine Rede. Ein Wiener Nachtleben gibt es überhaupt nicht, nicht einmal ein Wiener Abendleben. In dieser Hinsicht ist die schöne Stadt an der Donau ein europäisches Weltdorf.

Wird Berlin jemals Paris erreichen oder ihm den Rang ablaufen in der Anziehung auf die Fremden? Die Zahl der deutschen Besucher Berlins ist ganz gewiß heute schon größer als die der französischen Besucher von Paris. Die Ausländer aber sind es, die durch ihren Massenbesuch, besonders durch ihren längeren Aufenthalt in Paris der französischen Hauptstadt ihren Charakter als der ersten unter allen Fremdenstädten geben. Zum kurzen, schnell vorübergehenden Aufenthalt wird auch Berlin von sehr vielen Ausländern besucht, im September 1907 allein von über 3000 Engländern und Amerikanern zusammengenommen. Was aber dem Fremdenverkehr Berlins fehlt und bis auf weiteres noch lange fehlen wird, das ist der Massenbesuch von Ausländern in Berlin zu längerem Aufenthalt.

Der Grund dieses Mangels liegt in unserer Fremdenpolizei. Die Polizei hält sich für berechtigt, von jedem Fremden, der sich in Berlin längere Zeit aufhalten will, allerlei Papiere zu verlangen. Ein Mensch ohne Papiere, ohne recht viel Papiere ist unserer Polizei höchst verdächtig. Sie vergißt dabei, daß in der Regel die wirklich verdachtswürdigen Fremden entweder reichlich mit den schönsten Papieren ausgestattet sind, oder sich dem engmaschigen Netz der Polizei zu entziehen wissen.

Wie es Ausländern, auch der wohlhabenden Kreise, ergehen kann, wenn sie mit der Absicht längeren Aufenthaltes nach Berlin kommen, das will ich an einem Geschichtchen vollkommen der Wahrheit gemäß erweisen.

Besuchte mich da jüngst ein befreundeter Engländer, der sich in Berlin zu einjährigem Aufenthalt mit seiner Frau eine Wohnung gemietet hatte und ein Fahrrad besaß. Er fragte mich, ohne mich vorzubereiten: „In welchen Fällen hat bei Ihnen in Preußen die Polizei eigentlich nicht mitzusprechen?" Als ich ihn erstaunt ansah, meinte er ernsthaft: „Ich möchte das gleich ein für allemal wissen, denn bis jetzt habe ich bei jedem Schritt und für alle meine Lebensbeziehungen die Polizei hinter mir, vor mir, über mir und rund um mich her gehabt. Bin ich zum Beispiel nach Ihren Gesetzen verpflichtet, der Polizei Auskunft zu geben über meine Schwiegermutter?" In meines Herzens Unschuld erwiderte ich: „Ich denke, nein!" Worauf er: „Das kommt davon, daß Sie keine Schwiegermutter haben; mich und meine Frau hat die Polizei nach Schwiegervater und Schwiegermutter, nach dem Geburtsort, dem Wohnort, nach ihren beiden Geburtstagen usw. befragt."

Mein englischer Freund ist ein ernsthafter Mann, und ich weiß, daß er mir nichts aufgebunden hat. Er ist ein in den besten Verhältnissen lebender unpolitischer Schriftsteller und hat zu irgend welchem Verdacht nie den geringsten Anlaß gegeben. Er berichtete mir nun: Zunächst habe man von ihm seine ganze Personenbeschreibung verlangt, viel eingehender, als sie von einem vor dem Schwurgericht stehenden Verbrecher gefordert wird. Man hatte ihn nach seinen Erwerbsmitteln gefragt, sodann die genaue Personenbeschreibung seiner Frau verlangt, auch den Trauungsschein der beiden zu sehen begehrt, und dann war die Reihe an die Schwiegereltern und seine eigenen Eltern gekommen. Weiter hinauf in die Geschlechter der Vergangenheit war allerdings die Polizei nicht gestiegen. Meine Freunde hatten ein Dienstmädchen angenommen, das aus der Provinz kürzlich nach Berlin gekommen war. Nicht weniger als dreimal mußte das Mädchen ihren häuslichen Dienst unterbrechen und zu einem längeren Frage- und Antwortspiel auf das ziemlich weit entlegene Polizeiamt gehen. Einige Wochen, nachdem er sich hier angesiedelt und allmählich Ruhe vor der Polizei bekommen hatte, besuchte den Unglücksseligen seine Schwiegermutter. Die verehrte Dame blieb etwa einen Monat bei ihren Kindern, und mein schon in der Furcht vor der Polizei erfreulich vorgeschrittener englischer Freund meldete sie auf drei Anmeldezetteln mit je acht Rubriken pflichtmäßig an. Sofort Vorladung auf die Polizei, peinliche Untersuchung aller Lebensverhältnisse der Dame, nicht viel anders, als ob sie wegen Einbruchs verfolgt würde.

Kurze Chronik.

Ein spanisches Rotbuch über Marokko wird dem Parlament noch vor den Osterferien übergeben werden. Ein anderes Rotbuch über die Beziehungen zwischen Spanien und dem Vatikan ist in Vorbereitung.

Der montenegrinische General Wukotitsch ist an die Grenze nach Tuzi entsandt worden, um als Oberkommissar alle zur Einhaltung strengster Neutralität erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Die Pest auf Java ist jetzt bakteriologisch festgestellt worden. Bisher sind acht Erkrankungen und zwei Todesfälle an Pest vorgekommen. Die meisten Fälle sind in Malaag aufgetreten.

Der Generaldirektor der Londoner „Times" Moberly Bell ist gestern nachmittag auf dem Redaktionsbureau der „Times" plötzlich gestorben.

Eines Tages betritt mein Freund, der Engländer, die Straße mit seinem Zweirad. Ein Schutzmann bemerkt ihn zum Glück noch, bevor er aufs Rad gestiegen, und da er als Bezirksschutzmann wahrscheinlich den Ausländer schon kannte, so fragte er ihn: „Haben Sie eine Radkarte?" Es bedurfte erst einer längeren Auseinandersetzung des Schutzmanns, um dem Engländer begreiflich zu machen, daß man in Preußen einer besonderen polizeilichen Beglaubigung zum Radfahren bedürfe und daß bei Radfahrern kein anderer Ausweis zur Feststellung der Persönlichkeit genüge, nicht einmal ein in der Tasche getragener Paß, sondern daß nur durch eine besondere Radkarte der öffentlichen Ordnung Genüge geschehe. Man kennt den Starrsinn der Engländer: Es gelang meiner ganzen Beredsamkeit nicht, diesem durch die englische Freiheit offenbar begriffsstutzig gewordenen Mann begreiflich zu machen, daß es zur öffentlichen Ordnung unumgänglich notwendig sei, sich selbst, seine Frau, seine Magd, seine Schwiegermutter und sein Zweirad auf der Polizei anzumelden.

Wir stellten durch unsere Unterhaltung über Anmelden und Nichtanmelden fest, daß in Berlin alles und jedes, in London nichts angemeldet wird, daß aber die Polizei in Berlin nicht mehr Diebe oder Mörder fängt als die Londoner; daß in London ebensowenig Menschen spurlos verschwinden wie in Berlin; daß die Dienstmädchen in Berlin ebenso oft wechseln wie in London; daß ein Londoner Radfahrer, der durch ordnungswidriges Fahren ein Unglück anrichtet, vom Londoner Schutzmann ebenso gepackt und dem Polizeirichter oder Strafrichter überantwortet wird, wie in Berlin, obgleich der Londoner keine Radkarte besitzt. Mit einem Wort: die Londoner Nichtanmeldung schadet nichts, die Berliner Anmeldung nützt nichts.

Die gescheiten Männer, die sich jüngst in Berlin über die Mittel zur Hebung des Fremdenverkehrs ausgesprochen haben, sind auf Anziehungsmittel wie ein neues großes Opernhaus und dergleichen verfallen. Ich behaupte, in Berlin ist reichlich so viel „Los" wie in irgendeiner Fremdenstadt der Welt. Es kommt keineswegs darauf an, die Anziehungsmittel für Berlin künstlich zu vermehren, sondern man kann dies ruhig der natürlichen Entwickelung unserer schönen Riesin Berlin überlassen. Worauf es ankommt, das ist die Verminderung oder die völlige Beseitigung der Verscheuchungsmittel, und unter diesen ist unsere Fremdenpolizei das Bedenklichste, Schlimmste und Schädlichste. Sobald die Ausländer wissen, daß sie bei einem längeren Aufenthalt in Berlin von polizeilichen Scherereien ebenso verschont bleiben wie in Paris, London, Genf, Florenz, werden sie mit Vergnügen in Scharen nach Berlin kommen, sich hier des behaglichen, lehrreichen, auch vergnüglichen und billigen Lebens erfreuen. Ich habe es mir zur Gewohnheit gemacht, wenn ich mir Trost suchen will für irgend welchen allgemeinen Uebelstand, mir den Band Goethes Sprüche vom Brett herunterzulangen und darin aufs Geratewohl zu blättern. Noch niemals hat mich der weiseste Mensch, der je gelebt hat, ohne Trost gelassen. So blätterte ich denn, um einen recht schönen Abschluß für diese Betrachtung zu finden, in meinem Trosthelfer Goethe, und siehe da, ich stieß auf einen Ausspruch, der wie eine Antwort auf die Umfrage über die Mittel zur Hebung des Fremdenverkehrs beabsichtigt scheint: „Meine Hauptlehre ist vorläufig diese: Der Vater sorge für sein Haus, der Handwerker für seine Kunden, der Geistliche für gegenseitige Liebe, und die Polizei störe die Freude nicht!"

Der Kampf um die elsaß-lothringische Verfassung.

(Telegraphischer Bericht.)

Straßburg, 5. April.

Im Landesausschuß für Elsaß-Lothringen bezeichnete es bei der dritten Lesung des Etats in der Debatte über die Verfassungsreform der Abgeordnete Lauger (Zentr.) als Pflicht der Reichsregierung, Elsaß-Lothringen die volle Selbständigkeit zu gewähren. Es sei ein großes Unrecht gewesen, das Land ohne seine Zustimmung zu annektieren. Um diese Ungerechtigkeit wieder gut zu machen, sei es vor allem notwendig, die Meinungen des elsaß-lothringischen Volkes über seine Verfassungswünsche einzuholen, wofür er eine „Assemblée constituante" vorschlage.

Staatssekretär Freiherr Zorn v. Bulach antwortete, daß Laugels Traum von einer „Assemblée constituante" sich nicht erfüllen werde. Das Schicksal Elsaß-Lothringens sei **mit dem Frankfurter Frieden endgültig erledigt worden.** Im übrigen sei die angebotene Verfassungsvorlage eine ganz gewaltige Verbesserung, so namentlich auch in den drei Bundesratsstimmen. Sie ginge weit über das hinaus, was von den Mitgliedern des Ausschusses früher verlangt worden sei. Würde sie abgelehnt, so würde es noch Jahrzehnte dauern, bis eine Aenderung eintrete.

Abg. Hauß (Zentr.) verlangte eine unabhängige Stellung des Statthalters gegenüber dem Kaiser, ein größeres Budgetrecht für die Zweite Kammer und eine Aenderung der Wahlkreiseinteilung; Zugeständnisse, ohne die die Vorlage für seine Freunde unannehmbar sei. Abg. Georg Wolf (Lib.) verteidigte die Haltung der liberalen Parteien im Reichstage. Das Heilmittel gegen die Beschwerden wegen der Wahlkreiseinteilung liege im Proporz. Abgeordneter Wetterlé wollte nicht wahr haben, daß die früheren Anträge der elsaß-lothringischen Abgeordneten durch die Verfassungsreform befriedigt würden. Sie gäbe keine volle Autonomie, Bundesrat und Reichstag wären bei Verfassungsänderungen nicht völlig ausgeschaltet.

Die revolutionäre Bewegung in Indien.

Attentat auf einen Eisenbahnzug.

(Telegraphischer Bericht.)

Kalkutta, 5. April.

Bei einer heute von der Polizei bei einem reichen Landbesitzer namens Anada Mohan Roy abgehaltenen Haussuchung wurden fünf Revolver und eine Quantität verschiedener Sprengstoffe gefunden. Außer Roy sind noch drei andere Inder verhaftet worden. Wie es heißt, soll ein ganzes Verschwörernest entdeckt sein. — In der Nähe von Dinapur entgleiste heute infolge böswilliger Entfernung einer Eisenbahnschiene ein Personenzug, wobei ein Inder getötet und drei Europäer verletzt wurden.

Frieden in Mexiko?

(Telegraphischer Bericht.)

New-York, 5. April.

Nachrichten aus verschiedenen Quellen deuten auf eine Annäherung zwischen der mexikanischen Regierung und den gegenwärtigen Führern der Revolutionäre. Man berichtet, daß Madero senior vor kurzer Zeit in New-York gewesen ist und mit dem mexikanischen Botschafter sowie amerikanischen, an Mexiko interessierten Finanziers Besprechungen gehabt hat. Madero befindet sich jetzt in El Paso und ist im Begriff, sich unter dem Schutze einer vom Gouverneur von Chihuahua gestellten militärischen Eskorte nach dem Lager der Aufständischen zu begeben.

Muley Hafid der Hetzer.

(Telegraphischer Bericht.)

Tanger, 5. April.

Ein hier aus Fez eingetroffener, vom 1. d. M. datierter Brief besagt, die Lage sei seit zwei Tagen fast unverändert. Muley Hafid verfolge eine Politik der Spaltung zwischen den Stämmen und hetze die Beni Guild, in das Gebiet der Beni Mter einen Raubzug zu unternehmen. Die Nachrichten von der Mahalla, die im Gebiete der Scherarda lagere, seien zufriedenstellend.

Eine Botschaft Tafts.

(Telegraphischer Bericht.)

Washington, 5. April.

Im Kongreß gelangte heute die Botschaft des Präsidenten Taft zur Verlesung, durch die der Kongreß zu einer außerordentlichen Session einberufen wird. Sie behandelt ausschließlich das Gegenseitigkeitsabkommen mit Kanada und empfiehlt dringend, bald zu einer Entscheidung zu kommen. Die Botschaft bezeichnet das Abkommen als das Ergebnis ernster Bemühungen der Regierungen der Vereinigten Staaten und Kanadas, um eine Vereinbarung über den Handel zu erzielen, welche die freundschaftliche Beilegung verschiedener diplomatischer und politischer Fragen ergänzen sowie den Handel fördern und die bestehenden freundlichen Beziehungen festigen würde.

Das Ende eines konfessionellen Prozesses.

Aus **Nordhausen** wird uns telegraphiert: Der Prozeß des Divisionspfarrers Bachstein gegen den verantwortlichen Redakteur der katholischen Paderborner Zeitung „Leo", Dr. Mogk wurde „im Interesse der Erhaltung des konfessionellen Friedens" durch einen Vergleich beendet. Der Vergleich hat folgenden Wortlaut:

„Auf Anregung des Herrn Vorsitzenden und im Interesse des konfessionellen Friedens schlossen die Parteien folgenden Vergleich:

1. Der Beklagte (Dr. Mogk) nimmt bezüglich der Darstellung des Privatklägers von gewissen Lehren des katholischen Moraltheologen Lehmkuhl den Vorwurf der Ignoranz, Erfindung oder Entstellung zurück. Der Privatkläger (Bachstein) bedauert, nicht erkannt zu haben, daß es zweckmäßig gewesen wäre, diese Lehren nicht vor einem dafür wenig sachkundigen Publikum vorgetragen zu haben.

2. Der Ausdruck Apostat in bezug auf den Privatkläger wird von dem Beklagten mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen.

3. Die Angriffe im „Leo" über das Familienleben des Privatklägers werden ebenfalls bedauert.

4. Es wird vom Beklagten anerkannt, daß in der Osnabrücker Rede des Januar 1905 der Privatkläger in bezug auf die heilige Wandlung den ihm vorgeworfenen Ausdruck nicht gebraucht hat.

5. Der Privatkläger erklärt feierlich, daß die von ihm in den Prozeßschriften gebrauchten starken Ausdrücke nicht persönlich beleidi-